

**NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE
26. SITZUNG DES KREISAUSSCHUSSES**

Sitzungsdatum: Mittwoch, 16.05.2018
Beginn: 14:00 Uhr
Ende: 15:35 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Landratsamtes, Stadtplatz 34,
2. Stock, Zimmer 217

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

- 1 Vorlage der Jahresrechnung 2017
- 2 Sonstiges, Wünsche und Anfragen

Sg. 12/137/14-20

ANWESENHEITSLISTE

Landrat

Meier, Andreas

Ausschussmitglieder

Bergmann, Klaus
Gäbl, Reiner
Greim, Udo
Haberkorn, Josef
Kindl, Barbara Dr. med.
Morgenstern, Gerald
Müllhofer, Max
Nickl, Albert
Plößner, Manfred
Stahl, Georg
Stich, Günter
Troppmann, Rupert

Schriftführerin

Prößl, Claudia

Verwaltung

Bauer, Alfons
Frummet, Edmund
Gruner, Michael, Anwärter
Härtl, Stefan
Mädl, Barbara
Scheidler, Alfred Dr.
Schmid, Reinhard
Schmid, Christoph, Anwärter

Presse

Staffe, Martin NT

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Oetzinger, Stephan Dr.

Landrat Andreas Meier eröffnet um 14:00 Uhr mit der Begrüßung der Anwesenden im Tagungsraum die 26. Sitzung des Kreisausschusses der Wahlperiode 2014 – 2020.

Er stellt fest, dass die Einladung mit Tagesordnung form- und fristgerecht ergangen ist. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Einwände gegen die Ladung mit Tagesordnung werden nicht erhoben.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

ÖFFENTLICHER TEIL

1 Vorlage der Jahresrechnung 2017

Kreiskämmerer Bauer erläutert anhand der Sitzungsvorlage den Sachverhalt. Demnach wurde die Jahresrechnung für das Jahr 2017 erst kurz vor der Sitzung fertiggestellt. Sie wird dem Kreisausschuss in der Sitzung gemäß Art. 88 Abs. 2 LKrO als Tischvorlage vorgelegt.

Bauer erklärt, dass die Jahresrechnung mit einem Überschuss in Höhe von 290.753,21 Euro abschließt. Diese wird der Rücklage zugeführt. Der Haushalt für 2017 basierte auf einer geplanten Rücklagenentnahme in Höhe von 426.689 Euro, das bedeutet, das Jahr 2017 ist insgesamt um etwa 717.000 Euro besser gelaufen als veranschlagt.

Die Ursachen dafür sind sehr vielfältig, Bauer nennt die wesentlichen Punkte:

- Der Landkreis hat 2017 eine Bedarfszuweisung in Höhe von 200.000 Euro erhalten, die im Haushalt nicht veranschlagt war.
- Das staatliche Gebührenaufkommen, das uns überlassen wird und das mit 2,4 Millionen Euro veranschlagt war, lag 2017 bei 2,965 Millionen Euro. Darunter fallen unter anderem die Gebühren für Baugenehmigungen, die für größere Gewerbe- und Industriebauten durchaus erheblich sein können, aber schwer konkret voraussehbar sind. Im Haushalt 2018 erfolgte hier eine Erhöhung des Ansatzes auf 2,5 Millionen Euro.
- Der überlassene Anteil an der Grunderwerbssteuer (im Haushalt 2017 veranschlagt mit 700.000 Euro) lag tatsächlich bei 985.000 Euro, für den Haushalt 2018 erfolgte eine Erhöhung des Ansatzes auf 1 Million Euro.
- Die Kosten der Jugendhilfe (mit 8,95 Millionen Euro im Haushalt 2017 geplant) lagen bei 9,3 Millionen Euro und damit um rund 350.000 Euro höher als geplant.

Der Stand der „Allgemeine Rücklage“ betrug zum 31.12.2016 bei 4,56 Millionen Euro. Durch die Zuführung des Überschusses von etwa 290.000 Euro erhöht sich die Rücklage zum 31.12.2017 damit auf ca. 4,85 Millionen Euro. Im Haushalt 2018 ist jedoch eine Entnahme von rund 1,1 Millionen Euro veranschlagt.

Kreisrat Stich bedauert, dass man das in den Haushaltsberatungen noch nicht gewusst habe. Dann wären diese vielleicht etwas anders gelaufen.

Laut Kreisrat Nickl entspricht der Überschuss nur 0,7 Prozent des Haushaltsvolumens, noch genauer könne einfach nicht geplant werden.

Die Ausführungen dienen der Kenntnisnahme.

Zur Kenntnis genommen

2 Sonstiges, Wünsche und Anfragen

Kreisrätin Kindl meldet sich zu Wort. Sie übe massive Kritik an der Zusammenarbeit in den Gremien. Sie habe den Eindruck gewonnen, dass die „große Koalition“ manche Entscheidungen „nicht mit menschlichem oder politischem Sachverstand“ treffe. Vielmehr würde oft in einer Art „Herdentrieb“ abgestimmt.

Als Beispiel nannte sie die Abstimmung zum Haushalt 2018 und Finanzplan, bei dem im Kreisausschuss ihr Wunsch auf eine getrennte Abstimmung abgelehnt worden sei. Als der gleiche Vorschlag dann im Kreistag von der CSU gekommen sei, wurde einer getrennten Abstimmung dann plötzlich zugestimmt.

Kreisrätin Kindl findet, mit den kleinen Fraktionen werde zu wenig respektvoll umgegangen. Sie sei deshalb schwer enttäuscht und merkte an, sie könne mit ihrer Zeit auch etwas Besseres anfangen.

Landrat Meier nannte die Anfrage „unverschämt eingeleitet“. Er werde daher auf diesem Niveau keine Diskussion führen.

Kreisrat Troppmann stellte klar, dass es im Kreistag anders als behauptet keinen solchen Antrag der CSU und folglich auch keine Abstimmung dazu gegeben habe.

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Kreisrat Bergmann brachte das Thema „SuedOstlink“ zur Sprache. Er nahm dabei Bezug auf seine Anfrage dazu an die Verwaltung. Demnächst am 6. Juni finde die konstituierende Sitzung des Unterausschusses „SuedOstlink“ des „Bündnisses Hamelner Erklärung“ statt. Daran nimmt Herr Landrat Meier teil. Kreisrat Bergmann hätte deshalb gerne Ziele formuliert, die der Landrat dort mit einbringen soll.

Landrat Meier entgegnete, dass die Ziele automatisch auch die des Gesamtbündnisses seien und diese bekannt sind.

Kreisrat Bergmann würde auch gerne die anderen Landkreise und Städte, die vom „SuedOstLink“ ebenfalls betroffen, aber dem Bündnis nicht beigetreten sind, mit einbeziehen. Diese beschreiten teilweise den Klageweg und die Gründe und Erkenntnisse könnten auch für die Arbeit im Unterausschuss „SuedOstLink“ wertvoll sein. Landrat Meier stellte dies in Frage, da diese ja keinen Mitgliedsbeitrag bezahlen. Zudem könne auch die „zweigleisige Strategie“, dass ein Teil klagt und ein Teil im das Bündnis mitwirkt, Vorteile haben. Kreisrat Nickl zeigte sich verwundert, dass die Fraktionen, die damals gegen den Beitritt zum „Bündnis Hamelner Erklärung“ gestimmt haben, jetzt so großes Interesse an dessen Arbeit haben und sogar Ziele formulieren.

Nach langer und sehr kontroverser Diskussion stellte Kreisrat Morgenstern einen Antrag zur Geschäftsordnung, die Debatte zu beenden. Über diesen Antrag ließ Landrat Meier abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen

Schließlich bot Landrat Meier an, das Thema in einer Fraktionsführerbesprechung zu behandeln. Diese soll noch vor der konstituierenden Sitzung des Unterausschusses „SuedOstLink“ angesetzt werden.

Landrat Andreas Meier beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und verabschiedet den anwesenden Pressevertreter.

Anschließend findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Andreas Meier
Landrat

Claudia Prözl
Schriftführung